

Lübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 8.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 250 Dfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Dfg., Reklamen 1000 Dfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 287.

Donnerstag, den 8. Dezember 1921.

28. Jahrgang.

Die Rapp-Verbrecher vor dem Reichsgericht.

Klub der Harmlosen.

Leipzig, 7. Dezember. (Eigener Drahtber.)

Der Rapp-Butsch ist das seltsamste, hochverräterische Unternehmen der Weltgeschichte. Nur 10 Führer sind übrig geblieben und die waren auch keine Führer. Wenigstens die 3 Angeklagten vor dem Reichsgericht leugnen kräftig. Herr v. Jagow hat seine Zustimmung zur Übernahme eines Ministeriums nur gegeben in der Voraussetzung, daß es sich um ein „völlig legales Unternehmen“ handelt. Er sah zwar mit eigenen Augen, wie die Sache völlig ungesetzlich war. Aber nunmehr war es eine vollendete Tatsache, an der sich auch nichts änderte wenn er davon blieb. — Herr v. Wangenheim hat sich nur um Landwirtschafft gekümmert, ist in die Rapp-Regierung gegangen, weil er wußte, daß sonst in drei Tagen die Volksernährung zusammenbrechen würde. Kommissarweise brach zwar die Rapp-Regierung in drei Tagen zusammen, aber nicht die Volksernährung. Die Erklärung dieses Wanders bleibt Herr v. Wangenheim schuldig. Um die Wirtschaft hat sich dieser Herr überhaupt nicht gekümmert. — Was Herr Dr. Schiele anbetrifft, so macht er aus Liebe zum deutschen Volke bereits seit 10 Jahren Gesekentwürfe, die niemand annimmt. Nur als „Zuschauer“ will er, der Freund Rapps, dabei gewesen sein. Zufällig hat er Verhandlungen geführt. Rapps rechte Hand? Ja, bewahre, das ist Dr. Schiele nicht. Führer? Dazu bin ich nicht eitel genug, sagt Dr. Schiele. Beschcheidenheit ist eine Tugend, aber diese Beschcheidenheit riecht stark nach Amnestiegesetz.

So sieht die Verteidigung der Angeklagten aus. Die taktische Linie ist deutlich erkennbar. Sie wollen der Amnestie mit teilhaftig werden. Bewundert spricht Herr Schiele, wenn er Führer gewesen sei, dann müßte die Zahl der Angeklagten groß sein, die auch Führer waren. Alle sind nicht dabei gewesen. Aber zufällig ohne ihr Zutun in die Sache hineingekommen. Der deutsche Heldennut veranlaßt sogar Herrn Jagow, zu erklären, er sei nur der Bote Rapps gewesen.

Schon die Menschenansammlung vor dem Reichsgericht zeigte heute morgen, daß eine besondere Angelegenheit zur Verhandlung stand. Jagow und Genossen hatten sich zu verantworten. Auch der große Tagungsaal des Reichsgerichts war stark besetzt mit Zuschauern und Pressevertretern. Zeugen waren zu dem ersten Tag noch nicht geladen. Die Anklage vertritt Oberreichsanwalt Dr. Cheremeyer. Den Angeklagten stehen fünf Rechtsanwälte zur Seite.

Prozessbericht.

Der Hochverratsprozess gegen den früheren Berliner Polizeipräsidenten von Jagow und Genossen begann Mittwoch vormittag 9 Uhr vor dem Reichsgericht unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten von Belarminus. Das Gerichtsgebäude wurde polizeilich stark bewacht und der Zutritt nur gegen besondere Ausweise gestattet. Der Vorsitzende verkündet zunächst den Beschluß, die beiden Sachen von Jagow und Wangenheim beziehungsweise Schiele zu verbinden. Die Anklage lautet auf Hochverrat! Nach dem Eröffnungsbeschluss erscheinen die Angeklagten verständig, mit Rapp und Lüttwich innerhalb des Deutschen Reiches im März des Vorjahres versucht zu haben, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern. Jagow erklärt, er versuchte niemals eine Handlung, wie ihm zur Last gelegt wird, weder als Führer noch als Teilnehmer. Vor dem 13. März 1920 handelte es sich lediglich um eine Unterredung zwischen Rapp und ihm. Rapp erklärte ihm, die Reichswehr sei über die damaligen Zustände entrüstet gewesen und habe das lebhafteste Interesse an einer Veränderung der Verhältnisse bewiesen. Diese müßte durch eine Verfassungsänderung geschehen, und zwar in völlig legaler Weise. Rapp fragte mich, fuhr Jagow fort, ob ich bereit sei, das Amt als Innenminister zu übernehmen. Dazu erklärte ich mich bereit. Rapp sagte, ich hätte in der Presse die Ereignisse zu verfolgen. Eine Handlung wurde bis dahin von mir nicht verlangt. Am 13. März rückten die Truppen in Berlin, ohne Widerstand zu finden, ein. Ich fuhr mit Rapp in die Reichstanzlei und erfuhr, daß die Reichsregierung geflohen sei und alle Macht, merktens in Preußen, sich bei Lüttwich befinde. Rapp fragte mich, ob ich bereit sei, das Ministeramt zu übernehmen, und ich war bereit, aber das Kommando lag nicht in meiner Hand. Nirgends liegt eine Handlung vor, wodurch die Reichsverfassung unmittelbar gewaltsam geändert werden sollte. Der Präsident gibt dem Angeklagten anheim, sich auch über die Einzelheiten zu äußern und Fragen zu beantworten. Der Angeklagte bemerkt, es sei unrichtig, daß er Mitglied der nationalen Vereinigung gewesen sei. Den Angeklagten Schiele hätte er erst am 13. März kennen gelernt. Auf Befragung des Präsidenten gibt Jagow zu, daß er Vorbereitungen für Gesekentwürfe getroffen habe, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß alles auf ordnungsgemäßer Wege vor sich gehe. Mit Rapp besprach er einzelne geplante Ermennungen. Daß Haftbefehle gegen Rapp und andere erlassen waren, hörte er nicht. Er erwartete eine loyale Demonstration der Reichswehr.

Jagow verliest einen Zeitungsartikel vom 12. März, der für seine Auffassung sprechen soll. Der Angeklagte schildert den Einzug der Truppen in Berlin und betont, daß Rapp ihm mitteilte, die Zivilgewalt ging auf ihn über, die Reichsregierung sei geflohen, die preussische Regierung festgesetzt und die militärische Gewalt liege bei Lüttwich. Jagow erklärte, er habe nur für ordnungsmäßige Zustände eintreten wollen. Daß eine Anzahl Ermennungen vorgenommen worden sind, gibt er zu. Entschuldigend für ihn sei nicht die Zugehörigkeit zu einer Partei gewesen, sondern die Einnahme für das fragliche Amt. Ihn habe ein

Koalitionsministerium auf Grund der bestehenden Verfassung vorgeschwebt. Seine Zusage gab er nur, damit nicht etwa ein Militär zum Minister des Innern ernannt würde. Für Lüttwich empfand er große Verehrung. Zum Diktator hielt er ihn nicht für geeignet. Der Angeklagte ist überzeugt davon, daß Lüttwich die Seele des Unternehmens gewesen und daß Rapp nur im letzten Augenblick in die Sache hineingezogen wurde. Er nahm an, daß Berlin am 13. März militärisch, also gewaltsam besetzt werden sollte. Wenn er früher sich Rapp gegenüber bereit erklärt hatte, an einem legalen Unternehmen sich zu beteiligen, so habe er sich dann allerdings gesagt, es müsse auch so gehen und habe die Beteiligung nicht abgelehnt. Ein Programm, die Verfassung gewaltsam zu ändern, sei nicht aufgestellt worden.

Nach einer kurzen Mittagspause erklärt Jagow, er habe als geeignetes Mittel, die Verfassung zu sichern, die Diktatur angesehen. Die Forderung nach Neuwahlen sei ja nachher erfüllt worden. Die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk war ebenfalls eine Forderung Rapps.

Hierauf wurde der zweite Angeklagte, Freiherr v. Wangenheim, vernommen. Er war am 13. März nicht in Berlin und hörte erst auf seiner Rückreise von Hannover von den Ereignissen. Rapp forderte ihn auf, das preussische Landwirtschaftsministerium zu übernehmen. Nach dem Rücktritt Rapps habe auch er zurücktreten wollen. Rapp erklärte ihm aber, Lüttwich als Diktator brauche einen Landwirt als Sachmann für die Volksernährung. Deshalb sei er noch geblieben, habe aber eine Tätigkeits als Minister nicht ausgeübt. In einem Koalitionsministerium, auch mit den Sozialdemokraten teilzunehmen, wäre er durchaus bereit gewesen. Die politischen Fragen hätten ihn nicht interessiert. Er dachte nur an die Volksernährung. Er sei überzeugt gewesen, daß Lüttwich, indem er Rapp die Leiter des Reichskanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten übertrug, Rapp tatsächlich die unbetritene Gewalt in den Händen hatte.

Der dritte Angeklagte, Dr. Schiele, befreit mit Entschiedenheit die gegen ihn erhobene Beschuldigung. Nicht gegen, sondern für die Verfassung habe er eintreten wollen. Die damaligen Zustände seien nicht verfassungsmäßig, sondern verfassungswidrig gewesen. Er selbst gehörte nicht zu den Führern des Rapp-Lüttwich-Unternehmens. Das Ernährungsamt sei seine besondere Domäne gewesen. In einer Mitarbeit an beratigen Gesekentwürfen habe er ein hochverräterisches Unternehmen selbstverständlich nicht erblickt. Mit Rapp sei er überzeugt gewesen, daß eine neue Revolution nur durch ein großzügiges, auf freibürgerlichen Grundsätzen beruhendes Siedlungsweien, vermieden werden konnte. Er habe lediglich Rapp seine Mitwirkung nicht verweigert. Seine Haltung sei lediglich eine abwartende gewesen. — Die Verhandlungen wurden dann auf Donnerstag vormittag vertagt.

Neue Erhöhung der Mark.

Berlin, 7. Dezember.

An der gestrigen Berliner Börse legte der Dollar mit 200 ein. Er schwankte im weiteren Verlauf zwischen 200 und 210. Die amtlichen Notierungen lauteten: Kabel-Neupork 209 1/4, London 860, Holland 7500. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß seit gestern die führende Rolle in der internationalen Devisenpekulation wieder auf die Neuporker Börse übergegangen ist. Bisher folgte Neupork in der Bewertung der deutschen Mark regelmäßig der Berliner Tendenz. Seit gestern ist hierin ein Umkehrung insofern eingetreten, als Neupork zum ersten Male seit langer Zeit eine völlig andere Tendenz zeigte, als die Berliner Börse. Allem Anschein nach hat die Spekulation der deutschen Mark an den Auslandsbörsen seit der letzten Woche bedeutend zugenommen. Die Spekulation aller Länder wollen an dem Steigen der Mark verdienen. Anscheinend wird in Amerika die Tendenz sehr stark durch aufgebaute politische Nachrichten beeinflusst. Wir sehen also eine Periode starker Schwankungen am Devisenmarkte entgegen.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze.

Berlin, 8. Dezember.

Die Reichsregierung hat beschlossen, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Teuerung vom 5. Dezember ab erhöhte Erwerbslosenunterstützungssätze zuzulassen.

Das Branntweinmonopol.

Berlin, 8. Dezember.

Das Branntweinmonopol lieferte im ersten Jahre 700 Millionen Mark Reinertrag. Für 1920/21 wird dieser Betrag auf 1,2 Milliarden Mark veranschlagt. Die Verwaltung liefert jährlich 4 Millionen Mark zur Bekämpfung der Trunksucht ab.

Stillelegung der sächsischen Papierfabriken.

Leipzig, 8. Dezember.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ melden: Seit einigen Tagen haben die meisten sächsischen Papierfabriken infolge Kohlenmangels ihre Betriebe ganz oder teilweise einstellen müssen, wodurch das Wohlergehen der Zeitungen im höchsten Grade gefährdet ist. Infolge des katastrophalen Papiermangels waren die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ außerstande, den Bericht des sächsischen Landtages zu bringen.

Das Wespennest.

Dr. L. Lübed, 8. Dezember.

Der Antrag Leber der sozialdemokratischen Fraktion hat das ganze monarchistische Wespennest in summenbe Aufregung versetzt. Am schlimmsten summt die alte Brummwespe in der Königstraße. Zwar ist die Wespe alt, doch bleibt sie ewig neu — in der Königstraße. Nach der alten Unteroffiziersweisheit, den Kasernenhofblödsinn so oft zu verzapfen, bis auch der dümmste Rekrut ihn auswendig kann, weht sie tagtäglich ihren schwarz-weiß-rot bestäubten und betretenen Küffel an der gleichen Weisheit. Dolchstoß; Wilhelm und seine Palatine; keine Wahllosetts; Wiberfürmer.

Besonders dieses letzte Schlagwort zieht seine gruseligen Kreise in allen alten Jungfern- und Tantentöpfen der monarchistischen Gemeinde. Und wie in einem Nest frommdummer Klatschwespen verdrehen sich Augen und zappeln Vorder- und Hinterbeine: Nein dieser sozialdemokratische Parteiterror ist doch unerhört. Unser Liebstes und Bestes will er uns wegnehmen. Wilhelm soll verschwinden und sein wunderbar herrliches schwarz-weiß-rotes Imperatorengewand.

Frischt Euer Gedächtnis etwas auf! Stellt Euch vor, unter Wilhelms prunkvoller Herrschaft wäre ein Lehrer auf den Gedanken gekommen, ein Bebelbild oder eine Lassallebüste in einem Klassenzimmer oder gar in der Schulaula aufzustellen. Oder ein Gymnasialoberlehrer hätte damals den Unterricht dazu benutzt, gegen die Monarchie und für die Republik zu sprechen. Solche Lehrer wären nun einem Tag zum andern irgendwo auf ihren Geisteszustand untersucht worden; eine Schule hätten sie jedenfalls für den Rest ihres Lebens nicht mehr von innen zu sehen bekommen. Und daß irgend ein monarchistischer Frömmel wegen diesem „Terror“ auch nur einmal ein bißchen gebremst hätte, hat man nie gehört. „Der monarchistische Gedanke muß im Volke gepflegt werden wie die Gottesfurcht“, das war der Wahlspruch in Kaserne und Schule. „Republik aber und Freiheit sind Teufelsgewächse.“

Jetzt weht der Wind von der andern Seite. Jetzt ist auf einmal alles Terror, was früher höchste und erhabenste Staatsweisheit war. Stellt Euch nur dumm! Euer ganzes dummes Gerede wird uns nicht davon abhalten, das für die Republik billig zu finden, was in der Monarchie einst recht war. Sollen wir uns wirklich auf die Dauer gefallen lassen, daß Schulen und Behörden Pflanz- und Brutstätten der Monarchie sind?

Daß der Antrag als eine Kampfanzeige gegen die monarchistische Geheimwühlerei aufgefaßt wird, das freut uns. Er ist zunächst nur eine Kampfanzeige; aber der Kampf wird durchgeföhrt werden. Ohne gutmütige Schwäche. Wohin wir damit seit der Revolution gekommen sind, liegt so far zutage, daß kein weiteres Wort darüber nötig ist. Der Antrag wird sich durchsetzen. Und er soll das Borzeichen und der Beginn einer Säuberung in Schulen- und Behörden sein, die noch manches monarchistische Nasenbluten verursachen wird.

Aber nur der Anfang! Manches andere muß folgen, so unangenehm der Königstraße, daß eines Tages aus dem Wehgebrumm das Quietschen junger Ferkel herauszuhören sein wird, oder das Todesgeschrei eines angestochenen Ebers.

Ist es nicht ein Hojn, daß heute noch das „Amtsblatt“ des Freistaates Lübed Tag für Tag Gelegenheit hat, alles zu beschmutzen, was irgendwie republikanisch aussieht? Ist es nicht höchste Zeit, daß einem solchen Zustand, der gleichzeitig skandalös und lächerlich ist, ein Ende gemacht wird? Das wird der Zweck einer der nächsten Anträge sein, den der „Parteiterror“ durchsetzen wird. Weht Eure Kehle jetzt schon, Monarchisten, damit ihr in das richtige Gebrüll ausbrechen könnt, wenn es so weit ist! Für uns werden diese Schmutz- und Wehrufe Sirenenklänge sein; das erfreuliche Anzeichen dafür, daß die Republik anfängt, sich auf sich selbst zu bestimmen.

Die dünnbeinigen Lügen und die niedrigstirnigen Verleumdungen aller Amts- und Monarchistenblätter werden

für uns nichts sein, als unterhaltssame Wegsignale; Zeichen für die Wichtigkeit unserer Anträge; Beweise für den allmählichen Erfolg des republikanischen Gedankens und der Freiheit.

Freistaat Irland.

Der englisch-irische Vertrag.

Die britische Regierung veröffentlicht die Bedingungen der mit den Vereinigten irischen Freistaaten und Irland... Die irische Regierung veröffentlicht die Bedingungen der mit den Vereinigten irischen Freistaaten und Irland... Die irische Regierung veröffentlicht die Bedingungen der mit den Vereinigten irischen Freistaaten und Irland...

Man leide heute hauptsächlich darunter, daß in Europa so viel wadgewordene Länder seien. Oesterreich und Rußland, die Kunden Englands waren, seien nicht mehr in der Lage, die englischen Waren zu kaufen.

Es würde eine Katastrophe sein, die nicht nur vom wirtschaftlichen Standpunkt gesehen, sondern auch vom politischen Standpunkt von riesiger Rückwirkung auf Europa sein würde.

Die Eisenbahnen würden vom Staat mit Verlust betrieben. Dies hätte einen neuen Verlust für seinen Haushalt zur Folge und jege die deutschen Industriellen in die Lage, ihre Waren billiger befördern zu können als dies der Fall sein müßte.

Horne erklärte: Wenn wir auf unseren gerechten Anspruch auf deutsche Reparationen verzichten wollten, selbst für einen Zeitraum, was wir nach meiner Ansicht nicht beschließen würden, aber gesetzt den Fall, daß es geschieht, so ist eins klar: Deutschland muß die Beihilfe aufgeben, um sich in die Lage zu versetzen, seine rechtmäßigen Verpflichtungen gegenüber den Völkern, denen es sie schuldig ist, zu erfüllen.

Die Ausgabe von Papiergeld einstecken, um sein Defizit auszugleichen. Zu dem Vorschlag, daß Großbritannien ebenso wie Frankreich auf einen Teil seiner Reparationen Verzichte in Waren erhalten soll, erklärt Horne, daß die Bezahlung in Waren in Frankreich mit den verwüsteten Gebieten zusammenhängt.

Betriebsräte, nicht Beamtenauschüsse.

Berlin, 7. Dezember.

Der 23. Ausschuss des Reichstages hat am Mittwoch in der Beamtenräte-Frage nach eingehender Aussprache über einige grundsätzliche Fragen Beschluß gefaßt. Mit teils sehr großer Mehrheit wurde beschlossen, die Beamtenvertretungen als Betriebsräte zu bezeichnen, ferner im § 1 den Aufgabenkreis dieser Beamtenräte in großen Betrieben zu zeichnen und als solche Aufgaben die Vertretung der Interessen der Beamten und die Mitwirkung bei der Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben innerhalb der Behörden bezeichnet.

Bemal verhaftet.

Berlin, 7. Dezember.

Der ehemalige kommunistische Parteisekretär Alfred Bemal, der wegen Hochverrats von der Strafsenatskammer Halle lebenslanglich gefaßt wurde und auf dessen Ergreifung vom Regierungspräsidenten in Merseburg 5000 Mark Belohnung ausgesetzt waren, ist von Beamten der Abteilung la des Polizeipräsidiums am Dienstagabend in Berlin verhaftet.

Das Explosionsunglück in Saarlouis.

Saarlouis, 7. Dezember.

Von einem Augenzeugen wird über die Explosionskatastrophe in der Dynamitfabrik Alfred Nobel u. Co. in Saarlouis noch folgendes berichtet: Nach dem um 11 Uhr in der Nitroforporschmelze entstandenen Explosion, die von ungeheurer Gewalt war, entstand in den Fabrikanlagen ein Brand, dem neben den Hauptgebäuden eine Reihe von Nebengebäuden zum Opfer fiel.

120 Arbeiter beteiligten Betriede wozu die Hälfte tödlich verunglückt ist. Aus Saarlouis kamen bald nach Meldungen des Unglücks Sanitätsautos herüber, die die Verwundeten in das Saarlouiser Lazarett brachten.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

Mittwoch, 7. Dezember, 11 Uhr vormittags.

Der Präsident teilt mit, daß u. a. der Arbeitnehmervertreter der Schiffahrt Paul Müller-Hamburg (an seine Stelle ist eingetreten Köhler-Hamburg) der Arbeitnehmervertreter des Kohlenbergbaues Hue und der Vertreter der Metzgerei Dr. Hurd-Leipzig ihre Mandate niedergelegt haben.

Berichterstatter Bernhardt: Die Reparationsleistungen haben zwar den Ausfall der Markt verlangt, verschimmelt hat ihn aber die kapitalistische Steuerflucht. Die Verkürzung des vorliegenden Gehaltes hatte den Marktes sofort gestiftet. Die wahlmännige Preissteigerung hat zu vielen Zusammenbrüchen geführt, wie dem der pflanzlichen Kreditbank.

Dr. Reichardt (Reichswirtschaftsministerium): Die Regierung hat schon den Entwurf dahin abgeändert daß nur diejenigen zum Devisenhandel zugelassen werden sollen, die eine Bescheinigung der Handelskammer darüber beibringen, daß ihr Geschäftsbetrieb regelmäßig in ausländischen Zahlungsmitteln mit sich bringt.

Oberbürgermeister Künzler und Dr. Crüger, Vertreter Deutschen Genossenschaftsbank, glauben nicht, daß mit diesem Gesetz die großen Spekulanten zu fassen sind, und begründen Anträge auf Gleichstellung der öffentlichen Kreditanstalten und Sparkassen resp. Kreditkassen mit den Banken.

In seinem Schlusswort tritt der Berichterstatter Bernhardt dem Antrag Crüger bei, lehnt aber die Gleichstellung der Sparkassen ab. Das Haus nimmt die Änderungsanträge an mit Ausnahme der Einbeziehung der Sparkassen.

Arbeitsnachweisgesetz.

Hierzu liegen bereits 15 Änderungsanträge vor.

Berichterstatter Fabrikbesitzer Ephraim: Die Tendenz des Entwurfes ist die möglichste Vereinheitlichung der ganzen Arbeitsvermittlung und damit zugleich die Schaffung einer Monopolstellung des öffentlichen Arbeitsnachweises. Neben den einzelnen Bezirksarbeitsnachweisen stehen paritätisch zusammengesetzte Landesarbeitsämter. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer verlangen weitgehende Selbstverwaltung. Daher schlägt der sozialpolitische Ausschuss eine Reihe Änderungen vor. Große Gegenstände traten im Ausschuss zutage bei der Frage, ob auch Angestellte unter das Gesetz fallen sollten. Die Arbeitgeber waren dagegen. Ihre Anträge wurden aber abgelehnt. Nach dem Gesetz können Fachabteilungen gebildet werden. Die Vermittlung soll unparteiisch sein. Die Frage nach der Vereinszugehörigkeit ist unzulässig. Ein Zwang zur Arbeitsannahme oder Einstellung ist ausgeschlossen. Der Vermittler hat sich auch der Einwirkung auf die Lohnhöhe zu enthalten. Streiks und Aussperrungen sind dem Nachweis anzugeben. Fachnachweise wirtschaftlicher Vereinigungen sollen innerhalb zweier Jahre auf den allgemeinen Nachweis übergehen. Mit dem 31. Dezember 1925 hören die gewerkschaftlichen Stellenvermittler auf. Zeitungsanzeigen gelten nicht als gewerkschaftliche Vermittlung. Ein direkter Vermittlungszwang ist in dem Gesetz nicht vorgesehen. Die Kosten sollen zu einem Drittel von Gemeinden, Ländern und Reich getragen werden, zu zwei Dritteln von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Der Ausschuss lehnte den Entwurf in der Gesamtabstimmung mit 11 gegen 10 Stimmen ab. Die Arbeitgeber lehnen den Entwurf nicht grundsätzlich ab, verlangen aber Berücksichtigung ihrer Wünsche bei der Einbeziehung der Angestellten usw.

Korreferent Niedeck (Transportarbeiter): Es wurde eine Verändigung dahin erzielt, daß die Arbeitgeber bei Ausschluß oder Beendigung eines Streiks oder einer Aussperrung dem Nachweis Anzeige erstatten müssen. Den Melde- und Benutzungs-zwang haben die Arbeitgeber leider abgelehnt. Verbesserungsanträge, so der, nach dem Arbeitsgesetz und Arbeitsanordnungen, die als Inzertate in Zeitungen oder Zeitschriften veröffentlicht werden, mit einem Stichtvermerk des zuständigen Arbeitsnachweises versehen sein müssen und Chiffre-Inzertate verboten werden sollen, sind im Ausschuss leider abgelehnt worden. Ein derart lächerliches Gesetz ist von zweifelhaftem Wert. Das bitte ich bei der Abstimmung über die wieder eingebrachten Anträge zu bedenken. Es soll ein einheitliches Arbeitsvermittlungsgesetz geschaffen werden. Abweichungen von rechts oder links dürfen nicht möglich sein.

Oberbürgermeister Boigt-Frankfurt a. M. (Arbeitgebervertreter der städtischen Betriebe): Die Vereinheitlichung der Arbeitsnachweise darf nicht zu schroff und nicht zu schnell durchgeführt werden.

Darauf wird die allgemeine Aussprache abgebrochen. Es folgt die Beratung der Aufhebung vorübergehender Zollerleichterungen.

Oberbürgermeister a. D. Dr. Wermuth: Die Ermächtigung zur Aufhebung der Zollerleichterungen ist ein heißes Eisen, das die Regierung gerade in diesem Winter nicht berühren sollte.

Bäcker-Hamburg (Konsumgenossenschaftsvertreter): Nie ist ein Gesetz vorgelegt worden, bei dem die Wirtschaftslage so wenig berücksichtigt worden ist wie bei diesem Entwurf.

Der Bericht des Ausschusses wird einstimmig angenommen. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, 11 Uhr: Arbeitsnachweisgesetz, Herabsetzung der Tabak- und Kohlensteuer, kleine Vorlagen. — Schluß gegen 3 Uhr.

Aus Paris wird gemeldet: Das Unterhaus eröffnete das Wahlen der britischen Regierung und den Sinngeheimen gerufenen Wahlen während 2 1/2 Stunden. Eine weitere Zusammenkunft wurde wegen der nichtöffentlichen Sitzung der Anführer der Regierung wird am 8. Dezember abgehalten werden. Hierauf wird die Antwort von Ulster nach London geschickt. Der ehemalige Premierminister in der Ulsterregierung ist, daß die fundamentalen Grundsätze der Vorkämpfe für Ulster anerkannt sind.

Das Parlament wird am 14. Dezember einberufen werden, um sich mit der Frage zu befassen.

Englands Bedingungen.

London, 6. Dezember.

In einer Rede in Manchester über die Finanzlage behandelte der britische Schatzkanzler Lord Sir Robert Horne die Frage der deutschen Reparationen und sagte, in Frankreich würde eine gewisse Besorgnis zu bestehen über die Unterredungen, die er mit Rathenau gehabt habe. Man scheint bei den Alliierten zu befürchten, daß hinter ihrem Rücken ein Abkommen getroffen werde. Sie scheinen der Ansicht zu sein, daß England gewissermaßen eine Tendenz zeigen könne infolge von Unterredungen, an denen sie selbst keinen Anteil hätten, Deutschland Zugeständnisse zu machen. Diese Haltung auf Seiten einiger der Alliierten beruhe vollkommen auf einem Mißverständnis. England werde keine Abkommen eingehen, ohne sich mit seinen Alliierten darüber zu beraten, und zwar nicht nur mit Frankreich.

In der Rede des Schatzkanzlers Horne heißt es weiter, nichts wäre im Augenblick für die Welt von größerem Schaden als der Bruch der Allianz. Es sei daher selbstverständlich, daß England nicht im Traum daran denke, ein Abkommen, das in irgend einer Weise seine Freunde benachteiligen könnte, ohne angemessene Beratungen und Entscheidungen einzugehen.

Die Personen, die England kritisierten, könnten jedoch nicht verkennen, daß sie während des letzten Jahres, als Rathenau mit Rathenau verhandelte,

aus England zu seiner Zeit den geringsten Einwand dagegen vornehmen hätten. Tatsächlich seien jene Erörterungen sogar weiter gegangen, denn sie fanden ihren Ausgang in dem Wiesbadener Abkommen. Dieses Abkommen würde, wenn es mit seinen Bedingungen durchgeführt würde, Frankreich gegenüber den anderen Alliierten bei Bezahlung der Reparationen Vorrechte geben. Die Frage liege jedoch der Reparationskommission vor und daher wünsche er darüber nichts zu sagen. Er habe nicht den geringsten Zweifel, daß in allen diesen Fragen England in der Lage sein werde, mit seinen Alliierten unter Bedingungen der größten Freundschaft zu einem Einverständnis zu kommen.

Der Schatzkanzler erklärte weiter, soweit deutsche Reparationen in Betracht kämen, hätte England stets den Grundlag verpflichtet, sein Budget ohne Bezugnahme auf irgend etwas anzustellen, was von Seiten Deutschland eintommen könnte. Man wolle weiter bei diesem Grundlag bleiben. Deutschland erkläre jedoch, daß es die Summen nicht bezahlen könne, die im Januar und Februar fällig werden und es erzeuge um Aufschub.

Dies sei eine Aufgabe, die alle Alliierten gemeinsam erörtern und einstimmig beantworten müßten.

Der Zusammenbruch Deutschlands, sollte er unglücklicherweise durch irgend eine Aktion von Seiten der Alliierten herbeigeführt werden, wäre ein Unglück nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa und die Welt.

Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit.

Berlin, 6. Dezember.

Der 11. Ausschuss des Reichstages erledigte am Dienstag in erster Lesung den Entwurf über eine Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Diese Abgabe ist als einmögliche Steuer neben den beiden laufenden Vermögenswerten vorgesehen. Infolge dem bisherigen Besteuerungsmodus soll nach dem Verhältnis des Zuwachses zur Gesamthöhe des Aufwands, vermögens berücksichtigt werden. Es werden deshalb acht Steuerklassen geschaffen, um den absoluten Vermögenszuwachs nach gestaffelten Steuerhöhen heranzuziehen. Freigelassen wird ein Zuwachs von 100 000 Mark und ein Endvermögen von 400 000 Mark. In der 1. Steuerklasse soll, ohne Rücksicht auf den Vermögenszuwachs, von einem Zuwachs von nicht mehr als 200 000 Mark 1 vom Hundert erhoben werden, in der 8. Klasse 8 vom Hundert bis 1 Million Zuwachs. In der 8. Klasse steigt die Abgabe bis 50 vom Hundert.

Wie bei den bisherigen Vermögenssteuern versuchten die bürgerlichen Parteien auch bei der Beratung dieses Entwurfs den Besitz zu schonen, ganz gleich wenn es sich um Nachkriegsgewinnler handelte. Trotz des Überflusses der sozialdemokratischen und unabhängigen Vertreter ist dem bürgerlichen Steuerblock die Sabotage in einigen Punkten gelungen. So wurde gegen die Stimmen der Linken dem § 6 der Fassung angefügt, daß die Zusammenlegung des Vermögens der Ehegatten zu unterbleiben hat, wenn die Voraussetzungen des Zusammenrechnens zu Beginn des Veranlagungsjahres noch nicht gegeben war. Weiter wurde auf Antrag des Zentrums beschloffen, daß bei Feststellung des gemeinen Wertes die allgemeine Wirtschaftslage und die Geldentwertung zu berücksichtigen ist.

Ein Antrag Dr. Herz, zum Ausgleich dieser Abmilderungen im Falle der Geldentwertung entsprechend dem Verlust des Geldwertes die Steuerleistung zu erhöhen, wurde gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Eine lebhafteste Debatte veranlaßte der Antrag des Volksparteilers Scholz, auch bei dieser Steuer Kriegsanzleihe in Zahlung zu nehmen. Sowohl der Regierungsvertreter, wie auch die sozialdemokratischen und unabhängigen Redner wandten sich entschieden gegen diesen Versuch, der dann auch mit den Stimmen der Linken und einigen Zentrumsstimmen vereitelt wurde. Die übrigen Paragraphen wurden ohne wesentliche Änderung unter Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Hierauf begann der Ausschuss mit der Beratung der Vorlage betr. Abänderung des Umsatzsteuergesetzes vom 21. Dezember 1919. Der unabhängige Abgeordnete Breitscheid weist als Berichterstatter darauf hin, daß die Vorlage eine schwere Belastung des Verbrauchs vorsehe. Seine Partei werde sich die endgültige Stellungnahme vorbehalten, zumal bei den Besitzenden eine Steuerersuchen an den Tag gelegt würde, die gerade bei der Beratung der Vermögenssteuergeetze klar zum Ausdruck gekommen sei. Die Rechtsparcien äußern übereinstimmende Bedenken gegen die Steuer selbst. Ministerialrat Kopff führt aus, daß eine Milderung des Gesetzes kaum möglich erscheine, trotzdem aber gewisse Härten ausgeglichen werden müssen. Der vorgeschlagene Satz von 1/2 Prozent sei das Mindeste, was die Regierung verlangen müsse. Heute gäbe es außer England keinen Staat ohne Luxussteuern und deshalb sei notwendig, daß auch bei uns diese Steuer aufrecht erhalten würde. Auch die Besteuerung der Geschäftskarten müsse aus außenpolitischen Rücksichten erfolgen. Bei der Zinseratenbesteuerung sei eine Mehrbelastung nicht vorgesehen.

Genosse **Veine** wies darauf hin, daß die Landwirtschaft durch das Gesetz zu gut wie gar nicht getroffen wird. Die Inzineratensteuer befalls die kleinen Zeitungen sehr und es sei zu prüfen, ob nicht eine entsprechende Milderung getroffen werden könne. Für die Besteuerung der Schlemmerei sei auch die Sozialdemokratie zu haben, ob aber mit der Vorlage dieser Zweck erreicht wird, sei zweifelhaft. Eine endgültige Stellungnahme zu diesem Gesetz müsse sich unsere Partei vorbehalten, bis die bürgerlichen Parteien ihre Stellungnahme zu den gesamten geplanten Steuern festgelegt hätte.

Abänderung des Schieferlasses.

Aus Anlaß der Erziehung des Kommunisten Lohse, der während des Transportes zur Polizeiwache einen Suizidversuch unternommen hatte, wurde die Aufhebung des sogenannten Schieferlasses gefordert. Wie die **SPD** dazu erfahren, hat der Minister Severing schon in der Zeit seiner früheren Ministerial-Anweisung gegeben, eine Überprüfung des vom 24. Juni 1919 datierten Erlasses des damaligen Ministers Heine vorzunehmen. Eine vollständige Aufhebung konnte der Minister schon deshalb nicht verantworten, weil die Erfahrung gezeigt hat, daß sehr viele Personen, die verhaftet werden sollen, sich im Besitze von Schieferwasser befinden. Die Frage war ebenfalls nach der Richtung hin zu stellen, ob auf einen festgenommenen Verbrecher, der bereits ohne Waffen ist, noch geschossen werden soll, falls er zu entfliehen sucht. Die Überprüfung des Erlasses ist auch von Minister Dominicus aufgenommen worden, doch nicht zum Abschluß gekommen. Jetzt, nachdem Minister Severing das Amt des preussischen Innenministers wieder übernommen hatte, sollte nach den Vorschlägen der Sachbearbeiter ein Gutachten der Regierungspräsidenten eingeholt werden, wie weit der Erlass von 1919 geändert werden könnte. Da Minister Severing annimmt, daß diese Gutachten erst in einigen Wochen einlaufen werden und ihre Bearbeitung wiederum einige Wochen in Anspruch nehmen wird, ist er der Ansicht, daß die Überprüfung auch von den Zentralkstellen vorgenommen werden kann, hat er mit Rücksicht auf die gegen 1919 erheblich veränderte Lage angeordnet, daß die Regierungspräsidenten nicht erst geragt werden sollen. Der Minister hat vielmehr die Sachbearbeiter angewiesen, ihm Vorschläge für eine Abänderung des Erlasses von 1919 schnellstens zu unterbreiten.

Der Alkohol- und Tabakverbrauch.

Berlin, 6. Dezember.

In dem Jahrbuch für Alkoholgegner (1922), das im Verlag des Allgemeinen Deutschen Zentralverbandes zur Bekämpfung des Alkoholismus, Hamburg 30, erscheint, sind einige bemerkenswerte statistische Angaben über Deutschlands Alkohol- und Tabakverbrauch in den Jahren 1913 und 1920 enthalten, die sich auf eine Denkschrift der Reichsregierung stützen. Demnach wurden im Jahre 1913 in Deutschland verbraucht 68,8 Millionen Hektoliter Bier, gegen 25 Millionen Hektoliter im Jahre 1920. Für Branntwein waren die Zahlen 7 Millionen gegen 1,1 Millionen, für

Wein 3 Millionen gegen 2 Millionen. Die gesamte Alkoholvermenge hatte im Jahre 1913 einen Kleinhandelswert von 4,15 Milliarden Goldmark, im Jahre 1920 von 15 Milliarden Papiermark. Auf den Kopf der Bevölkerung wurden verbraucht an Bier 108,3 Liter (11 Liter), an Branntwein 10,5 (1,3), an Wein 4,5 (3,3), also eine durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufene wesentliche Senkung des Alkoholverbrauchs. Zigaretten wurden im Jahre 1913 8 Milliarden Stück verbraucht, gegen 4 Milliarden im Jahre 1920. Dagegen ist der Verbrauch an Zigaretten von 12 Milliarden Stück im Jahre 1913 auf 15 Milliarden im Jahre 1920 gestiegen. Nicht berücksichtigt ist in diesen Zahlen eine Erhöhung von 7600 Doppeltentner Zigaretten und 28 815 Doppeltentnern Zigaretten. Insgesamt wurden Rauchwaren im Werte von 8,9 Milliarden Papiermark von der amtlichen Kontrolle erfaßt. Dazu sind jedoch beträchtliche Mengen ohne Kontrolle ins Land geschmuggelt. Unter den zahlreichen alkoholgegnerschaftlichen Organisationen, die das Jahrbuch anzeigt, befindet sich auch der sozialistische Deutsche Arbeiter-Abkntendenbund Berlin SO., Engelstr. 19, der auch eine eigene Zeitschrift herausgibt. Auch ein besonderer Lebensversicherungsverein „Abkntend“ existiert, der sich auf die Erfahrungen amerikanischer Lebensversicherungs-Gesellschaften stützt, die den Abkntenden Prämienermäßigungen gewähren.

Analändische Anerkennung.

Köln, 6. Dezember.

Die Kommission der Internationalen Arbeit-Konferenz war am Sonnabend Gast der Stadt Köln. Minister a. D. **Wißell** drückte die Hoffnung aus, daß die Gäste sich auf ihrer Reise davon überzeugt hätten, daß in den Fabriken kein Kriegsmaterial mehr hergestellt werden könne. Der Redakteur des „Dain Telegraph“ sprach seine größte Befriedigung über seine Eindrücke auf der Reise aus. Imponiert habe ihm der feste Wille der Arbeiter zur Arbeit. Ein kanadischer Vertreter meinte, es gelte, die Vergangenheit zu vergessen und an die Zukunft zu denken, ein Brasilianer ist gleichfalls überzeugt von dem Friedensgeist, der das deutsche Volk beherrscht. In ähnlichem Sinne bewegten sich die Ausführungen des südafrikanischen Vertreters.

Spiegel in der SPD!

Die Kommunistische Partei ist seit einiger Zeit von einem Unglück verfolgt, das sie allerdings — wie man ohne Schadenfreude konstatieren muß — nach ihren zahllosen vorzüglich verdient. Während der „Vorwärts“ wiederholt in der letzten Zeit Gelegenheit hatte, die Vorbereitung der Märzaktion durch die **KPD**-Zentrale mit unwiderkähllichem Material nachzuweisen, hagelte es in Stuttgart am letzten Freitag auf die unglückliche **KPD** in einer aufsehenerregenden Rede unseres Genossen **Steinmayer** Pech und Schwefel hernieder.

Genosse **Steinmayer** erklärte im württembergischen Landtag während der Schlußberatung des Polizeiverordnungs-Gesetzes, gegenüber den ständigen Angriffen der **KPD** auf unsere Genossen sei es erforderlich, endlich den kommunistischen Spießhalm, der geradezu zum Himmel stiege, in aller Öffentlichkeit aufzumeißen. Die **KPD** habe alles daran gesetzt, alle Maßnahmen und Vorbereitungen ihrer politischen Gegner in Organisationsfragen usw. durch „illegale Einrichtungen“ festzustellen, was natürlich nur auf dem Wege der Bespitzelung möglich sei. Zur allgemeinen Heberaschung des Landtages teile Genosse **Steinmayer** den Inhalt eines geheimen Rundschreibens der kommunistischen Zentrale in Stuttgart mit. Er berichtete daraus unter anderem:

Die Kommunistische Partei unterhält nach diesem Geheimschreiben einen

Kurierdienst im ganzen Lande,

der in 16 Unterbezirke aufgeteilt ist. Der Leiter des Kurierdienstes hat Erhebungen darüber anzustellen und zu berichten, welche Mitglieder Fahrräder haben, welche Mitglieder Radfahrer sind, gleichgültig, ob sie Fahrräder besitzen oder nicht, wer in der Partei Motorradfahren kann bzw. ein Motorrad hat, und die Namen der Mitglieder, die Autofahren können.

Staws anders sieht es schon aus, wenn man Kenntnis erhält, wer über jede Ortsgruppe an den

Leiter der Militärpropaganda (M. P.)

zuberühren hat. Da wird gefragt: Welche Mitglieder der Kommunistischen Partei können maschinenschriften und stenographieren, Telephon-, Telegraphen- und Funkentelegraphenapparate bedienen? Dann heißt es in den Frageformularen weiter: Wieviel Druckereien stehen für den Fall der „Aktion“ zur Verfügung? Welche Mitglieder sind Drucker oder Setzer? Dann wird gefragt, wer in Telephonfabriken, in Telephonrahfabriken, in Stacheldrahtfabriken, in Auto- und Motorradfabriken, in Waffen- und Munitionsfabriken, in Fabriken für funktentelegraphische Apparate arbeitet? Von besonderem Reiz ist die Frage: Welche Kommunisten können fliegen? (Große Heiterkeit.) Und von noch größerer Bedeutung und noch unerständlicher für die Zwecke und Aufgaben einer politischen Partei ist folgende Aufgabe der Ortsvereinsleitungen der Kommunistischen Partei. Es ist zu berichten, wo sich überhaupt Fabriken solcher und ähnlicher Art am Orte und in der Umgebung befinden, wie die Machtverhältnisse der Arbeiter in diesen Fabriken sind, wieviel Vorräte dort lagern (Wertigprodukte), und wo sich die Vorräte der Einwohner- und Sicherheitswehren (Depots) befinden. Ferner müssen beamtet werden die Fragen: Wo befinden sich Kasernen, Waffen- und Munitionsdepots?, wo die Telephonzentralen militärischer Abteilungen, Telefunkenstationen, Benzin- und Benzolvorräte? Einem Brief an denselben Gruppenführer entnehmen wir folgende Stellen:

„Neben dem mündlichen Bescheid über W I in Hohenheim, ob nicht in irgendeinem Ort bei euch oben Briefstauben untergebracht werden können, die bis Berlin die Nachricht zu tragen hätten, kannst Du also nicht einen sicheren Genossen auf-treiben, der bei sich den Taubenschlag unauffällig einrichten kann.“

(Zurück von kommunistischer Seite: „Woher ist das Material?“) Das haben wir auf dem gleichen Weg erhalten, auf dem es der „Schwabenpiegel“ bekommen hat. Man erinnert an den Streit zwischen der **USP** und der **KPD**, um den Kassenschatz, der keinem von beiden, sondern uns gehört. (Große Heiterkeit.) Mit diesem Kassenschatz wurden Briefumschläge der **SPD** mitgenommen und benutzt. Auf diese Weise haben die Kommunisten selber dafür gesorgt, daß wir ihr Material erhielten. (Erneute Heiterkeit.)

Man muß sich bei all dem doch fragen: Was hat das alles mit einer politischen Partei und mit den Aufgaben einer politischen Partei zu tun?

Genosse **Steinmayer** bezeichnete dieses Spießhalm der **KPD**, mit vollem Recht als alberne Kindererei, wies aber auf die gefährlichen Wirkungen derartigen Unsinns hin. Besondere Beachtung verdienen seine Ausführungen über die politische Korruption in dieser Partei. Seinen aufsehenerregenden Vorwurf, bis hinauf zur Zentralkommission der **KPD**, lagen Mitglieder, die gegen Bezahlung dauernd die intimsten Vorgänge an die Polizei verrieten, belegte **Steinmayer** mit folgenden Tatsachen:

Dieses Treiben nötigt dazu, einmal hier in breiter Öffentlichkeit den Vorhang vom kommunistischen Spießhalm hinweg-zuziehen und

die Korruptionserfahrungen der Kommunistischen Partei

vor dem ganzen Lande bloßzustellen. Das bekannte „Schweineglück“ hat uns zu einem sehr wertvollen Material verholfen. Sämtliche Rundschreiben und förmliche von der Stuttgarter Zentrale der **KPD** herauskommenden Schriftstücke von Bedeutung, vor allem alles wertvolle und vertrauliche Material, sind der Polizei in die Hände gespielt worden. Der „Ehrenmann“, der seiner Partei diese „Dienste“ leistet, erhält dafür monatlich zwischen 1500 bis 2000 Mark. (Zurufe her Kommunisten: Wer ist das?) Ich empfehle Ihnen, sich einmal bei Ihrem Bezirksvorsitzenden in Ravensburg zu erkundigen. Er wird Ihnen Auskunft geben können.

Ein anderer kommunistischer Ehrenmann wohnt in Ulm. Dieser Herr hat in der Revolutionszeit ein sehr hohes kommunistisches Ehrenamt in einem Nachbarkanton bekleidet. Von ihm sind über 200 Berichte über kommunistische Führer, Organisationsvorgänge, die illegale Organisation der Kommunisten in Württemberg und Bayern geliefert. (Hört, hört!) Nach meinem Material stellt dieser Herr in intimsten Beziehungen zu den Kommunisten Berner in Ulm, Albert Schreiner in Stuttgart, K. Müller in Ravensburg, Fieger in Ravensburg und außerdem mit bayrischen Kommunisten. Nähere Auskunft wird

Herr Dr. Franz Ripp in Ulm,

ehemaliger Kabinminister, erteilen können. Aus dem Geheimmaterial folgende kleine Wiedergeben:

„15 berichtet: 15a teilt mir soeben mit, daß in der Wohnung des kommunistischen Landtagsabgeordneten Schner in der Reinsburgerstraße 112 eine kommunistische geheime Zusammenkunft stattfindet.“

Ein anderes Vorwissen: Als im Juni d. J. der Redakteur Berger vom „Kommunist“ verhaftet und aus Württemberg ausgewiesen wurde, verdächtigen die Kommunisten die „Schwäbische Tagwacht“ der Denunziation. Tatsächlich aber ist Berger der Polizei

von einem Mitgliede der Kommunistischen Partei denunziert

worden. Daß die Hausdurchsuchung bei der Kommunistischen Partei bezüglich der „Arten Hilfe“ erfolgreich war, verdanken die Kommunisten ebenfalls lediglich einem ihrer Parteifreunde. (Bewegung und erregte Zwischenrufe der Kommunisten.) Fragen Sie einmal Ihren Freund, den kommunistischen Stadtrat Pfler, wer die Berichte geliefert hat.

Die Ausführungen unseres Genossen riefen in den Reihen der Kommunisten eine ungeheure Verlegenheit hervor, so daß sie darauf verzichteten, der Sitzung weiter beizuwohnen und in ihrer Befürzung sogar verzagten, gegen das Polizeiverordnungs-Gesetz zu stimmen. Die **KPD** wird sich diesem neuen Material gegenüber, durch das führende Mitglieder ihrer Partei aufs schwerste kompromittiert werden, nicht wiederum auf die bewährte Ablehnungsmethode beschränken können. Die Arbeiter, die es längst satt haben, sich in das Schlepptau dieser Korruption zu begeben, werden ernste Rechenhaftigkeit fordern. Ob der organisatorische Zusammenbruch der **KPD** heute oder morgen erfolgt, ist für die Beurteilung dieser Partei belanglos. Wesentlich ist, daß ihr vom Standpunkt der politischen und persönlichen Sauberkeit längst das Todesurteil gesprochen ist.

Volkswirtschaft.

Butterauktion.

Hamburg, 7. Dezember.

In der heutigen 28. Auktion der Meierei-Verbände für Schleswig-Holstein hielten sich die Preise auf der gleichen Höhe wie in der letzten Auktion am 30. November; sie bewegten sich wieder von 43,50 Mk. bis 44,40 Mk. für das Pfund wie auf der vorwöchentlichen Auktion. Die Zusätze waren nur gering. Während die Kaufzeit zuerst sehr schlepptend war, trat später ein lebhafter Geschäftsgang ein. Zu den Verkaufspreisen kommt noch ein Zuschlag von 1% Ravellingsgeld.

Devisen-Kurse.

Berlin, 8. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
		7. Dez.	6. Dez.
Amsterdam	100 fl.	8201.75	8201.75
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1643.35	1643.35
Kristiania	100 Kr.	3811.65	3811.65
Kopenhagen	100 Kr.	4305.65	4305.65
Stockholm	100 Kr.	5489.50	5489.50
Helsingfors	100 Finn. Mk.	414.55	414.55
Rom	100 Lire	974.—	974.—
London	1 £	981.55	981.55
New York	1 Doll.	227.02	227.02
Paris	100 Frs.	1713.25	1713.25
Zürich	100 Frs.	4888.10	4888.10
Madrid	100 Pesetas	3186.80	3186.80
Wien	100 K.	7.48	7.48
Budapest	100 K.	27.47	27.47
Prag	100 K.	251.70	251.70

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunfts-ort	Fahrzeit
Angelommen am 7. Dezember.					
D.		Zwanen	Steinfeld	Gothenburg	6
Angelommen am 8. Dezember.					
D.		Schlutup	v. Hülsen	See	13
D.		Zevuall	Möder	Gothenburg	5

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freizitat Lübeck und Freizitat Hermann Bauer; für Partei und Gemeindefragen August Schulz; für Inzerat Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Wenzel & Co., familiär in Lübeck.

Geschäftsverlegung.

Meiner werten Kundschaft hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich meine

Sattlerei

von der Engelsgrube nach der Kupfer Schmiedestraße 6-8

verlegt habe. Ich bitte, das mir bisher geschenkte Vertrauen auch am neuen Blase bewahren zu wollen. (10188)

Anschließend empfehle ich meine in eigener Werkstatt hergestellten

Schulranzen und Hosenträger,
sowie sämtliche

Taschen und Lederwaren.

Sattlerei Carl Karberg,
Kupfer Schmiedestraße 6-8.

Achtung!

Massiv goldene

Trauringe

(fugenlos)

kaufen Sie billigst im

Spezial-Geschäft (10189)

C. Porté, Goldschmied

26 Fleischhauerstr. 26

Weshalb

warten Sie mit Ihren

Weihnachtseinkäufen?

Ich biete aus alten Vorräten an:

Kinderschürzen Gr. 45-90 **14.80** an
in Wienerleinen von

Knabenschürzen für Gr. 45 **12.50** an
von

Wiener Schürzen mit Träger **19.95**
26.50

Wiener Schürzen mit Träger **29.50**
39.50 38.-

Knaben- und Mädchen Hemden
und -Hosen, billig

Schwarze rein wollene Kinder-
strümpfe Größe 1-10 **14.00**
30.-

Herrn-Socken 27.- **4.95**

Damen-Strümpfe schwer 30.- **8.95**

Drell-Korsetts, prima 49.50 **35.00**

D-Trikot-Handsch. 1S.- **12.50** **8.95**

Besonders preiswert: **Stickerei.**

Knabenanzüge, Ulster u. Pyjacks f. Knaben
Herrnhosen, Herrenanzüge,
Konfirmations-Anzüge, Lederjoppen
aus alten Beständen, kelossal vorteilhaft

1 Posten Strickjacken für Damen
— besonders billig —

495.-, 350.-, 275.-, 225.-, 175.-, 95.-

Johannes Holst

Lübeck 10182

Markt 6 Kohlm. 6

Vorteilhafte

10174

SPIELWAREN

Holzbaulästen 8.80 9.50 10.50 13.80	Gelleidete Puppen 28.50 36.- 44.50 52.50
Holzseilbahnen, 4- u. 5stellig 13.30 15.50 20.80 39.50	Babypuppen, ungeteilt 19.50 25.50 36.50 44.50
Holzsegel im Karton 10.50 12.50 14.50 15.80	Puppenköpfe 11.80 13.50 19.- 26.-
Bilder-Baulästen 3.80 5.65 7.50 9.25	Puppenstaben-Einrichtungen 3.15 7.80 14.75 27.50
Eisenbahnen mit Schienen 10.80 26.50 39.50 46.50	Küchen mit u. ohne Glurkürg. 17.25 18.50 28.75 35.50
Handwagen aus Holz u. Blech 3.75 6.60 11.15 19.35	Kochherde mit Gehrtr 9.50 10.75 12.75 14.80
Holztiere auf Rädern 4.75 4.95 5.75 9.75	Küchen-Service 11.20 12.50 17.50 20.50
Pferdeställe 10.25 22.90 46.50 49.50	Bilderbücher 1.95 2.95 3.75 5.25
Schmaltzperde 59.50 79.50 118.- 148.-	Gesellschafts-Spiele 9.95 12.95 14.25 15.90
Fliegende Holländer 125.- 175.- 185.- 220.-	Beschäftigungs-Spiele 5.75 6.50 9.80 14.50

Wiederverkäufer u. Vereine erhalten Vorzugspreise.

Hans Struve
Lübeck Königstr. 87/89
Rendsburg Neumünster Itzehoe
Ecke Wahnstr.

Wohnzimmern

am Sonntag, dem 11. Dezember, 11 Uhr
im **Wohnzimmern.**

Karten sind zu haben Königstraße 19 und an der Kasse
des Theaters. (10158)

3000.- Belohnung,

da Andenken. Verloren am Dienstag, dem
8. ds., in Linie 9 vorm. gegen 10 Uhr

Berlentette

(10166)
in schwarzer Samtstiche. Um Rückgabe bittet
Frau Senator Vermehren, Königstraße 89.



lavalin die reine Lerpentinware
macht blanke Stoffe.
Überall zu haben.
Gen. Fabrik Gebr. Meyer, Hannover-Röhden.

Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck,**
Telephon 798. Marktstraße 1. (10141)

Soden

Selektiven Mäntel
Sommermäntel
in großer Auswahl



F. Lücht, Nützstraße 59
Schuhwaren aller Größen.
Damen-Stiefel mit u. ohne Lacktasse,
Herren-Stiefel mit Ledersfutter,
doppelte Sohlen. (10155)
Kinder-Stiefel 27-30.
Baby-Stiefel schwarz und braun.

Moisinger Baum.
Sonnab., 10. Dez.,
Anfang 8 Uhr,
Großer Eröffnungsball
unter Dirmut. der
Phantastikerin
Fr. Käthe Speth-
mann, früh. Stadt-
theater sowie Herr
Reinhold Wolf vom
Santatheater.
Stimmung! Humor!
Küche und Keller heizen das
Beste. Telefon 3075.
Für Spätwagen ist gesorgt.
(10161) Rudolph Jäns.

Achtung!
Kriegsgefangene
der Reichsvereinigung
und solche,
die nicht organisiert sind,
wichtige
Versammlung
am Freitag, d. 9. Dez.,
abds. 8 Uhr,
in den „3 Ringen“.
Der Vorstand.
(10163) d. R. e. S.

Leiden Sie?
an Flechten, Hautaus-
schlag, Hautjucken, Pik-
keln, Finnen, Schorf,
Krätze usw., dann ge-
brauchen Sie **Dr. Ter-
rahe's Heilseife.** Er-
folg überraschend. —
Zu haben in d. Apotheken
und Drogerien.
Drogerie Aug. Prösch,
Mühlenstr. 1.
Theater-Drogerie,
Breite Straße 15.
Marli-Drogerie, Marli-
straße 42.
St. Lorenz-Drogerie,
Lindenstraße.
Diana-Drogerie, Glan-
dorpstraße 1.
Kreuz-Drogerie Thiel-
bahr, Schlutup.

Frauenhaar
ausgefärbtes,
kaufen wir gegen er-
höhte Preise jeden
Posten. Reinertrag
der Weiterverwer-
tung für die Kinder-
fürsorge. (10162)
**Gemeinnützige Broden-
sammlung.**
Sammelt. Salzpeider.

Zur Mühle
99
Westerstraße 61. (10175)
Feinst. Weizenmehl 5.00
Feinst. Roggenfein-
mehl 4.50
Maiefenpulver . . . 5.50
Haferflocken . . . 5.40
Gerstengröße . . . 4.90
Gerstengraupen . . . 4.90
Grobes Reismehl 5.50
Grüne Erbsen . . . 4.50
Süß gelb. Erbsen 3.80
Corinthen . . . 1/4 4.00

Freitag und Sonnabend
prima junges dickefles
Rosfleisch
und Würst.
Fr. Kollmann
Reiferstr. 8. (10190)

SATYRIN (gold u. silber),
die neuen **Hormon**-Präparate für Männer und
Frauen, vermitteln schnelle und nachhaltige
Steigerung der
Energie, insbesondere der Nerven- u. Sexualkräfte.
Depot: St. Lorenz-Apotheke, Lübeck.
Zahlreiche Anerkennungen. Originalpackung
Mk. 40.- (10142)
Akt.-Ges. Hormona, Düsseldorf-Grafenberg.

Felle!
Kamin-, Ofen-, Kolb-,
Flecken-, Fleh-, Schaf-
felle usw., Züchse,
Härder, Jaffe u. m.
viele Fleckbeuge,
Kuhschweine usw.
kauft zu höchsten
Tagespreisen
Joac. Frankenthal, Lübeck
Bergstraße 53. ☐☐☐ Fernruf 3841.
Bitte genau die Adresse zu beachten. (10168)

Morgens

ist der
erste Ruf,
der durchs Haus erschallt,
der durchs Haus erschallt,
nimmt nur Rotfrosch für die
Schuh, wegen dem
Gehalt.

Erdal
putzt die Schuhe, pflegt das Leder

Alleinhersteller: Werner & Mertz A-G. Mainz (10156)

Gewerkschaftshaus
Morgen Freitag:
Großer Ball.
Damen Eintritt frei. (10149)

FRIEDRICHSHOF.
Morgen Freitag abend:
3. Familienball.
Anfang 7 Uhr. (10157)

Achtung, Poliere
im Hoch-, Beton-
und Tiefbau. (10179)
Versammlung
am Freitag, dem 9. Dezbr.
abends 7 1/2 Uhr
im **Gewerkschaftshaus**
Tagesordnung:
Der Stand der Lohn-
bewegung.
Das Erscheinen sämt-
licher Poliere ist unbe-
dingt notwendig.
Die Vorstände.
Zentral-Verband
der Brauerei- und
Mühlenarbeiter.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-
Versammlung
am Sonnabend, dem 10. Dez.
abends 6 1/2 Uhr
im **Gewerkschaftshaus.**
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom Stif-
tungsfest.
2. Bericht von den Lohn-
bewegungen.
3. Eingänge.
(10187) Der Vorstand.

Hansatheater.
Heute und Freitag
7 1/2 Uhr: (10168)
(Freitag-Ab. 5. Vorst.)
Fri. Puck.
Waldi Ewald Kuntze
Suji Else Kieckhoff
aus Kiel.
Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
Reigen.
Sonntag, nachm. 8 Uhr
Große Weihnachtsvorst.
Frau Holle.
Kleine Breite.
Abends 7 1/2 Uhr:
Ein Walzertraum.

Stadttheater Lübeck
Donnerstag, 8. Dezbr.
Geschlossen wegen Vor-
bereitung zu Schilling-
Moloq.
Freitag, 9. Dez., 7 Uhr.
Prinz Louis Ferdin-
and. (10171)
17. Ab.-Vorst. Schil. 7 U.
Sonnabend, 10. Dez. 7 U.
Letzte Vorst. für den
Fünftägigen 1920/21
für Erwachsene und
jedermann:
Moloq.
musikalische Tragödie
in 3 Akten von Wil-
helm Schilling. Vor-
führender Vortrag Ko-
pplmeister Mannstaedt
Sonnabend, 11. Dez. 7 30 U.
Einmaliges Gastspiel
von Kammeränger
Michael Bodan als
Wendigo und Kap-
tänther vom Hamb.
Stadttheater als Gast
in Margarete.

Stadt. Saalbau
(Marmorfaal)
Marionetten
Theater deutscher
Bühnenkünstler.
Täglich 8 Uhr:
Faust
sowie Konmarionetten.
Freitag, Sonnabend
und Sonntag
nachm. 4 Uhr:
Märchenspiele
und Konmarionetten.
Nachm. zahlen Kinder
halbe Preise.
Karten an der Abend-
kasse und im Vorver-
kauf bei E. Robert,
Breite Str. 29. (10160)

Stand 16 **Markthalle** Stand 16
Die best. **Ochsenbuden, düdlett** 9
ohne Knochen (nicht geiselt)
kaufen Sie nur **Markthalle, Stand 16.**
Hammelbuden, ohne Knochen 2d. 6.50. (10148)

Reell!
Die überall höchst gebotenen
Preise
f. Bruchgold, Bruchsilber, Platin,
alle Gebisse (auch einzelne
Zähne), Brennstifte, Brillanten,
alle Münzen, Doublebruch
sowie reißlich und überbrennt etc.
Willi Westfeling Uhrmacher
u. Juwelier
32 Holstenstraße 32.
Bestes Abzugsgebet für Händler. (10167)

Heute befinden sich bereits in sechs Großstädten Deutschlands amerikanische Kommissionen, welche die Berechtigung zur Einreise nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika geben können und zwar in folgenden Städten: Hamburg, Ferdinandsstraße 58, Berlin, Post-Str. 12, Bremen, Leipzig, Dresden und München. Somit haben sich diejenigen, welche in einem dieser Distrikte wohnen, an die amerikanische Kommission ihres betreffenden Distriktes, unter Vorlegung der bereits kürzlich angegebenen erforderlichen Dokumente, zwecks Antrags auf Einreiseerlaubnis für die Vereinigten Staaten von Nordamerika, zu wenden. Wie bekannt ist, sind natürlich sämtliche Einreisebestimmungen laufend Änderungen unterworfen und es empfiehlt sich, vor der Antragstellung zwecks Erlangung der betreffenden Einreise an ein bekanntes Reisebüro zu wenden oder schriftlich heranzutreten. Das Reisebüro Jordan & Berger Nachf., Aktiengesellschaft, Hamburg, Ferdinandsstr. 66/68, erteilt kostenlose Auskunft über sämtliche Bestimmungen und vermittelt jede Passage zum Original-Reederei-Büro.

An die Metallarbeiter Lübeds!

Am Donnerstag, dem 15. Dezember, wird die Entscheidung darüber fallen, nach welchen Grundrissen die hiesige Jahreshilfe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im nächsten Jahr gestaltet werden soll, ob die revolutionäre Phrase und das Maulheldentum dominieren oder ob nach bewährten gewerkschaftlichen Grundrissen gearbeitet werden soll. Wenn ihr euch für die Kollegen der RPD, entscheiden wollt, so müßt ihr wissen, daß für sie nicht in erster Linie das Wohl ihrer Kollegen maßgebend ist, sondern sie sind gehalten, sich streng nach den Weisungen zu richten, die sie von ihrer politischen Zentrale in Berlin erhalten. Das geht am deutlichsten aus den Richtlinien hervor, die auf dem Parteitag der RPD in Jena einstimmig angenommen sind; dort heißt es: „Die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen unterliegen in ihrer ganzen Tätigkeit den Parteifunktionen. Diese haben jederzeit das Recht und die Pflicht, die Tätigkeit der Fraktionen zu kontrollieren, bestimmte Anweisungen zu geben, Beschlüsse aufzuheben oder zu korrigieren, nötigenfalls funktionäre abzurufen.“ Hieraus geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß der einzelne selbst beim besten Willen nicht anders handeln darf, wie es ihm vorgeschrieben wird, andernfalls wird er abberufen, aber nicht von seinen Kollegen, sondern von der Zentrale. Wie man sich hier die gewerkschaftliche Arbeit denkt, kann man in der „Hamb. Volkszeitung“ vom 24. November 1921 lesen. Dort heißt es: „Die nächsten Aufgaben der Partei sind: „Ausdehnung und Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kämpfe“ (Kohlekämpfe). Hier wird also mit aller Deutlichkeit gesagt, daß die kommunistische Partei es als ihre nächste Aufgabe ansieht, die Lohnkämpfe auszudehnen und zusammenzufassen. Lohnkämpfe sollen und müssen geführt werden, darüber aber, wann und wie sie geführt werden sollen, haben ausschließlich die berufenen Vertretungen der beteiligten Arbeiter die Gewerkschaften, zu bestimmen.“ Durch meine Ausführungen glaube ich den Kollegen klar gemacht zu haben, eine wie große Bedeutung die Wahl zur Krisenverwaltung am 15. Dezember hat. Kollegen, die Entscheidung liegt nun bei euch, es ist Pflicht eines jeden einzelnen, in den Werkstätten für die Kandidaten zu agitieren, die auf dem Boden der Antiradikaler Internationaler stehen und auch den letzten Mann dazu zu bewegen, sich an der Versammlung am 15. Dezember im Gewerkschaftshaus zu beteiligen.

Ein Metallarbeiter.

Von der Schiffsahrt. Der Norddeutsche Lloyd wird einen regelmäßigen Dienst nach und von New York im Februar 1922 mit eigenen Dampfern wiederaufnehmen. Als erstes Schiff wird der Dampfer „Sagittik“ am 11. Februar von Bremerhaven nach New York abgefahren. In den Neuportdienst, der neben dem ununterbrochen fortbestehenden amerikanischen Dienst der United States Lines vom Norddeutschen Lloyd unterhalten werden wird, werden weiter in vierzehntägigen Zwischenräumen die Lloyd-Dampfer „Hannover“ und „Nor“ eingesetzt werden, die außer Kajütepassagieren und den Passagieren 3. Klasse eine größere Menge Ladung befördern können. Die Dampfer fahren direkt von Bremerhaven nach New York. — Verehrte Spekulation auf die polnische Auswanderung. Die zweite der beiden großen polnisch-amerikanischen Schiffsahrtsgesellschaften, die in Amerika zur Unterhaltung eines regelmäßigen Verkehrs zwischen Amerika und Danzig gegründet wurde, die Polnische Navigation Co. in New York befindet sich in Geldschwierigkeiten, nachdem schon einige Monate früher die Polnisch-amerikanische Schiffsahrtsgesellschaft in New York unter Zwangsverwaltung gestellt wurde. Die Polnische Navigation Co. wurde erst in diesem Jahre gegründet. Die finanziellen Schwierigkeiten erklären sich besonders aus dem starken Rückgang des Passagiergeschäftes zwischen Danzig und New York. Es fehlen jetzt die Mittel, um die laufenden Betriebskosten zu decken. Die beiden Gesellschaften, deren Schiffe unter amerikanischer Flagge fahren, sind als Opfer der großen Krise in der Weltfahrt zu betrachten. — Neuer Dampferdienst. Die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd werden einen gemeinsamen Dampferdienst durch den Suezkanal nach Ostindien einrichten. Die Schiffe werden von Hamburg-Bremen abgehen und Rotterdam anlaufen. Die Fahrten gehen nach Hongkong, Schanghai, Kobe und Yokohama. Es sollen in dieser Fahrt hauptsächlich Frachtdampfer eingesetzt werden, sie können jedoch in beschränkter Zahl Passagiere unterbringen.

Etwas billigere Margarinepreise. Der Margarineverband e. V., Berlin teilt mit: Die Margarineindustrie beschloß, die Preise auf Grund eines Vorschlages der Preiskommission des Margarineverbandes ab 7. Dezember um 5 Mark für das Pfund zu ermäßigen.

Seelentebeihilfen. Es wird nochmals eindringlich darauf hingewiesen, daß die Geltendmachung der Anwartschaft auf Seelentebeihilfe mit dem 31. Dezember 1921 endgültig erlischt. Die Anwartschaft war durch Antrag des Beihilferechtigen, oder seiner unterstützungsberechtigten Hinterbliebenen auf vorgebrachtem Formular beim Geschäftsausschuß geltend zu machen. Die Beihilfeanträge münden bis spätestens 31. Mai 21 gestellt sein. Später eingehende Anträge können jedoch berücksichtigt werden, wenn die Verzögerung durch höhere Gewalt verursacht wurde. Nach dem 31. Dezember 1921 ist jegliche Geltendmachung der Anwartschaft ausgeschlossen. Die Adresse des Geschäftsausschusses für die Seelentebeihilfen ist: Hamburg 1, Brunsbüttel 15/17, Germaniahaus.

Ausstellung von Auslandspässen. Die für Lübeck zuständige Berufsnotariate, die zur Ausstellung von Pässen u. dergl. berechtigt sind, sind die folgenden: Schweden: Konsul Holmberg, Lübeck, Königstraße 9. Belgien: General-Konsul Roulaert, Hamburg, Spitalerstr. 11. Dänemark: General-Konsul Martinus Karlen Yde, Hamburg, Badestraße 32-34. England: General-Konsul Diner, Hamburg, Schaartor 9. Frankreich: General-Konsul Néton, Hamburg, Holzdam 42. Italien: General-Konsul Graf Giacche, Hamburg, Hartungstraße 1. Für die übrigen Länder sind die Gesandtschaften in Berlin zuständig.

Auslage der Korrekturbogen für das Lübedische Adressbuch. Die Namen von 5-3 liegen heute und morgen im Adressbuch-Bureau Mengstraße 16 zur Einsicht aus. Bei der Wichtigkeit einer fehlerlosen Eintragung sei hiermit nochmals daran erinnert, vor dem endgültigen Druck die Eintragungen zu prüfen.

In den U.-L.-Kampfspielen im Fünfhäuser wird gegenwärtig der große Kampf Carpentier-Dempsey abgeerollt, der im Kuit in New-York ausgefochten wurde. Diesen Weltmeisterschafts-Kampfs, für den damals Hunderte von Dollars Eintrittsgeld bezahlt werden mußte, kann jetzt für wenige Papiermark gesehen werden. Der dreiteilige Film, von 21 Operationen aufgenommen, ist glänzend. Wir sehen die beiden Champions beim Training, dann ihr Erscheinen im Ring inmitten einer grandiosen Zuschauermaße. Dempseys finstere Bulldoggen-geißel, den schönen Georg mit beherrschter Nervosität, und dann den Kampf mit all seinen Aufregungen. Daß Carpentier nach dem Niederschlag längere Zeit brennungslos gewesen sei, ist eine der vielen Erzählungen, die der Film richtigstellt. Der Franzose wird in seiner Ecke bald wieder altright, seine blutige Nase wird abgewaschen, stehend gibt er Dempsey, der ganz frisch ist und sich eine Minute nach dem Kampf lächelnd mit den übrigen ganz hervorragenden Schiedsrichtern unterhält, die Hand, und tümt dann heimwärts durch die Seite. (Eine Million Francs sind ein schönes Pfälzer auf seine Wunden.)

Der Biochemische Verein in Lübeck hatte am Montag eine öffentliche Vortragsammlung nach den Zentralfallen einberufen, in dem Dr. med Hammer-Berlin über „Fremdreform und Nährstoffe im reichsdeutschen Medizinalewesen“ referierte. Viele Vorzüge waren erörtert. Der Vortragende sprach im einzelnen über alte und neue Anschauungen über das Fremdwesen und die damit verbundenen Mißgriffe, die Zustände in den staatlichen Fremdanstalten und Erziehungsheimen, freie Verze und Kasernen, das einseitige Studium der Verste, die Krankentassen als Versorgungsbaukasten, das Medizinalewesen im Kriege in Bezug auf Ernährungstabellen. An sehr drastischen Beispielen aus dem Leben wies er auf die vielen Mißstände im ganzen Medizinalewesen hin. Dem Vortrag folgte eine rege Aussprache.

Bei der Vogel-Ausstellung, veranstaltet vom Verein der Freunde von Sing- und Hergögeln (alter Verein) wurden folgende Aussteller mit Preisen ausgezeichnet: Kanarien (Allgemeine Klasse): Goldene Medaille und Ehrenpreis als Senats-Ehrenpreis und Brinat-Ehrenpreis: A. Karge. Große silb. Medaille und Damen-Ehrenpreis: R. Kunge. Kleine silb. Medaille und Vereins-Ehrenpreis: Fr. Erdmann. Kleine silb. Medaille und Vereins-Ehrenpreis: F. Dohbertin. In Abt. Kanarien (Eigene Zucht): Goldene Medaille und Ehrenpreis als Senats-Ehrenpreis: B. Kunge. Große silb. Medaille und Damen-Ehrenpreis: A. Karge. Kleine silb. Medaille, Privat- und Vereins-Ehrenpreis: H. Fißler. Kleine silb. Medaille und Vereins-Ehrenpreis: F. Walters. In Abt. Hergögeln: Goldene Medaille und Ehrenpreis als Senats-Ehrenpreis: Fr. Erdmann. Große silb. Medaille und Vereins-Ehrenpreis: E. Schmidt. Kleine silb. Medaille und Vereins-Ehrenpreis: E. Eulers. In dieser Abteilung erhielten noch Brinat-Ehrenpreise: E. Schmidt, Jagietka jun. und W. Wißer. In der allgemeinen Klasse (Kanarien) erhielt noch E. Zabel zwei Privat-Ehrenpreise.

ph. Eine Betrügerin. Ermittelt und festgenommen wurde das Dienstmädchen Olga S., aus Gr.-Berentzin, das sich hier und wahrscheinlich auch in der Umgegend Lübeds verchiedene Betrügereien zuschulden kommen ließ. Sie hat es hauptsächlich auf Geld abgesehen. Sie stellte sich als Tochter eines in Gr.-Berentzin wohnhaften Herrschers vor und klagte ihr Geld vergessen zu haben. Mit Verstehe suchte sie sich den Anschein zu geben, als sei sie Studentin und hellebete sich mit einer weißen, rotspaltenierten Schülermütze, während sie ihren zusammengebarren Hut in der Tasche trug. Personen, die von der S. geködert sind, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Travemünde. Gegen die Ortsklasseneinteilung protestieren in einer am Montag abgehaltenen Versammlung die Travemünder Beamten. Sie waren empört, daß Travemünde, wo die Verkehrsverhältnisse am teuersten sind, nicht in die erhöhte Ortsklasse verlegt werden ist. Von allen Seiten wurde gegen die

mangelhafte Vertretung Travemündes bei den Verhandlungen in Berlin protestiert und der Senat ersucht, in letzter Stunde für die Travemünder Beamten einzutreten, damit sie mit Lübeck gleichgestellt werden.

Wulfsdorf. Parteiversammlung. Am letzten Montag hielt die neugegründete Ortsgruppe in Wulfsdorf ihre erste Mitgliederversammlung ab, die sich eines recht guten Besuches zu erfreuen hatte. Erfreulicherweise waren auch verschiedene Frauen erschienen. Genosse J. Dender-Lübeck hielt einen Vortrag über das Thema: „Vor und nach der Revolution und die Lehren, die die Arbeiterklasse daraus ziehen muß.“ Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Versammlungsteilnehmer den Ausführungen des Redners, die in der Wahrung endigten, daß auch sie es jetzt als ihre Pflicht betrachten müßten, mit aller Kraft an dem Ausbau ihrer Ortsgruppe zu arbeiten und mit dazu beizutragen, den Gedanken des Sozialismus bis in die entlegensten Wohnorte des Landbewohners zu verpflanzen. Beschlossen wurde, am 31. Dezember mit dem Landarbeiterverband zusammen eine Silvesterfeier zu veranstalten.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Ein Marionetten-Theater deutscher Bühnenkünstler hat sich für die nächsten Tage im Maxmarial niedergelassen. Dem Unternehmen geht ein guter Ruf voraus und es erzielt überall volle Häuser. Heute Donnerstag abend kommt das Schauspiel „Kauf“ zur Aufführung. Am Freitag mittag 4 Uhr ist eine Familien- und Schüleraufführung. Gegeben wird „Graf Runo oder der Färberring“ sowie „Max und Moritz“ und „Kunstmarietten“. Mitterabend. Freitag, den 9. Dezember, 7 1/2 Uhr, findet im katholischen Bejellenhaus ein Mitterabend für den Säuglingsfürsorgebezirk 6 statt.

Gewerkschaften.

Der Schiedspruch für die Banfangeestellten. Der zur Neuordnung der Bezüge des Reichstatts zusammengetretene Schlichtungsausschuß hat einen Schiedspruch gefällt, nach welchem die am 10. Oktober dieses Jahres vereinbarten Teuerungszulagen nach Berufs-jahren gestaffelt auf monatlich 950, 1000, 1150, 1200 Mark erhöht werden. Weibliche Angestellte erhalten 75 Mark weniger; Angestellte unter 20 Jahren die Hälfte. Verheiratete erhalten zu den obigen Sätzen einen Zuschlag von monatlich 200, 2600, und 3200 Mark betragen.

Blitzblanke Zähne schneeweiß und gesund dabei! Mundgeruch verschwindet durch die KOMBELLA Zahnpasta SOLIDENTO Überall erhältlich!



Gustin ist ein sehr feiner deutscher Speisestärke-Puder, der in keiner Küche fehlen darf, um Milch, Früchte, Suppen, Saucen, Gemüse, Fette u.s.w. sämig zu machen oder zu verdicken.

Mit Gustin bereitet man Puddings, Cremes, Suppen, Saucen, Kuchen, Torten, Milch- u. Frucht-Flammeris, Ideale Kinderspeisen, Krankenspeisen aller Art. Ein Versuch wird jede Hausfrau befriedigen. Rezepte umsonst in den meisten Geschäften. Wenn nicht zu haben, schreibe man eine Postkarte an

Dr. A. Oetker, Nahrungsmittelfabrik, Bielefeld.

(10150)

Die Fernsprechanschlüsse des Polizeiamtes und der Kriminalpolizei sind 8102 - 8109.

Verkauf J. Seberhandlung bewandert im Schnitt, Stepperei usw., dauernde Stellung bei hohem Gehalt. Diskretion zugesichert. Off. m. früherer Tätigkeit evtl. Referenzen unter W R H an die Exp. d. Bl. (10164)

Ernst Göbel Hedwig Göbel 10188 geb. Bromme Vermählte. Herzlichen Dank für die überaus zahlreichen Glückwünsche und Geschenke.

Zigaretten!! Gelegenheitsk! Klein. orient. Tab. Nr. W. Verkauf 20 Pf. pro Mill. 170.— Nr. W. Verkauf 25 Pf. pro Mill. 200.— Nr. W. Verkauf 25 Pf. pro Mill. 200.— Nr. W. Verkauf 30 Pf. pro Mill. 230.— in größ. Mengen abzug. Grundmann, Großhdlg. Lübeck, Schüsselboden 32.

Eröffne heute ein Sebensmittel- u. Konfitürengeschäft, Brotniederlage. Täglich frisch: Berliner und Kuchen. Fr. Landbutter u. Carr. Segel, Watendorpstr. 9. Asthma-Ambulatorium Kirchenstraße 1a Spezialbehandl. von Asthma, Keuchhusten, Bronchialkatarrh, Lungenerkrankungen, Husten, Heiserkeit. Spitem Dr. med. OLPE. Vorzügliche Heilerfolge. (10158) Entlauien eine junge Zertierhündin. Abzugeb. gegen Belohnung. Breite-straße 28. 2. (10172) B. v. Puppenstube u. Biederstall. (10160) Watendorpstr. 12. I. (von Mengstraße Imf)

In Ausübung meines Berufs veritara heute früh infolge Herzschlag unser Ratiginnenwärter (10159) Karl Sidow im 41. Lebensjahre. Der Verstorbenen stand als fleißiger und ordentlicher Arbeiter längere Jahre in unserer Betriebe in Bewachung, und werden wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Lübeck, den 7. Dezember 1921. Köhlhans Lübeck Aktiengesellschaft. Der Vorstand. Zu verk. e. Puppenst. u. Biederstall, Watendorpstr. 12. I. (10156) H. Winterm. (Hawar) Mil-Stief, 27-28, Sa-Str. 2, z. u. (10154) Bloisl. Allee 16 a. n.

Heute entliehst sich nach 12-jähriger Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater 10171 Karl Malchow im 62. Lebensjahr, tiefbetrauert von den Seinen. Augusta Malchow geb. Brösche, acht 1/2 Jahre alt, gehörigen. Lübeck, 6. Dez. 1921. Karlhof. Trauerfeier: Sonnabend, 10. Dezbr., nachm. 2 1/2 Uhr, Kapelle Borwert.

Beeridigung unsterres Lieben Emil Wolsin Freitag nachmittag 3 30 Uhr von der Kapelle des Borwerker Friedhofes aus. (10191) Die Hinterbliebenen. Eine gr. Partie Kertel ist billig zu verk. (10178) J. Klüwer, Schwantauer Allee 133. Gehrauchte Spaten zu kaufen gesucht (10189) Gländorpstr. 1, Loden. Gef. e. Handharmonika. Aug. u. H. an die Exp.

Unerwartet starb mein lieber Mann, meinem Kinder treuer Vater, Bruder, Schwager u. Onkel Karl Sidow im 41. Lebensjahre. In tiefer Trauer Ida Sidow geb. Johannsen u. Amber. Friedrich Frick u. Frau geb. Sidow nebst Tochter. Beeridigung Montag 1 1/2 Uhr auf dem Borm. Friedhof. (10187)

Zur Weihnachtsbäckerei! Prima Kuchenfirm, Prima Weizenmehl, Sämtliche Gewürze in bester Qualität. Spezialität: Braun-Kuchen-Gewürz. Drogenhaus Moritz Hans Hormann Markstraße 21 c.

Freitag und Sonnabend: Frische Sendung Seeische, Kabeljau Pfd. 3.00, Lengfisch Pfd. 4.00, Knoch Pfd. 3.00, Gattisch Pfd. 4.00, Gattischfarb. Pfd. 6.00, Petersmännchen Pfd. 3.50, Fischcarbonade Pfd. 4.00, Seiltbutt (2-10 schwer) Pfd. 6.00, gr. Seiltbutt im Querschnitt Pfd. 10.00, lebende frische Brachsen Pfd. 8.00, lebende Hoff. Karpfen billigst. (10181) Johannes Boy 46 Markthallenstr. 47 Fernruf 8375. Heute und folgende Tage prima junge Knochenfreie Ochsenbuden pro Pfund 9.— Mt. Sonnabend geräuchert Schweinsköpfe. Paul Boldt, Markthalle 34 (10182) (von Mengstraße Imf)